

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

40. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. März 2002, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Andreas Beran (SPD)	Vorsitzender
Wolfgang Baasch (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Astrid Höfs (SPD)	i. V. von Arno Jahner
Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)	
Torsten Geerds (CDU)	
Werner Kalinka (CDU)	
Caroline Schwarz (CDU)	i. V. von Helga Kleiner
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Jutta Schümann (SPD)
Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)
Silke Hinrichsen (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Thomas Stritzl (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1173 Verfahrensfragen -	
2. a) Erfolgskontrolle ASH 2000	6
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1352	
b) Statistischer Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2000	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1322 hierzu: Umdruck 15/1621	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes (MVollzG)	7
Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/1544 Verfahrensfragen -	
4. Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1598 (neu)	

5. Förderung des Sports	9
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1600	
6. Tag der Initiativen	11
hier: Festlegung des Kreises der Anzuhörenden	
hierzu: Umdrucke 15/1894, 15/1955, 15/1986	
7. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Beran, eröffnet die Sitzung um 14:03 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1173

(überwiesen am 15. November 2001 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Abg. Baasch schlägt vor, nach der Sommerpause eine mündliche Anhörung zu diesem Bericht durchzuführen. Diesem Begehren stimmt Abg. Schwarz zu. Der Vorsitzende meint, man solle frühzeitig festlegen, wer mündlich anzuhören sei und von wem schriftliche Stellungnahmen einzuholen seien, sodass diese Stellungnahmen schon vor der Sommerpause vorliegen könnten. Der Ausschuss beschließt einstimmig, so zu verfahren.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Erfolgskontrolle ASH 2000

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1352

(überwiesen am 15. November 2001)

b) Statistischer Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2000

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1322

hierzu: Umdruck 15/1621

(überwiesen am 15. November 2001 zur abschließenden Beratung)

Abg. Aschomeit-Lücke verleiht ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, dass die Erfolgskontrolle ASH, die die FDP seit langem gefordert habe, nun durchgeführt werde. Sie geht angesichts der knappen Mittel davon aus, dass daraus dann auch die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen würden. Ihr Eindruck sei, dass sich die Landesregierung bei der Aufstellung der neuen ASH-Programme den Forderungen, die in den vergangenen Legislaturperioden erhoben worden seien, angenähert habe. Auch Abg. Baasch begrüßt die Vorlage des unter Punkt 3 des FDP-Antrags eingeforderten Berichts, der auch auf den Zeitrahmen des Programms ASH Bezug nehmen solle. Abg. Geerds möchte, dass die im FDP-Antrag geforderte Bilanz in jedem Jahr im Arbeitsmarktbericht enthalten sein solle. St Fischer weist darauf hin, dass das Ministerium und BSH bei der Umsetzung von ASH 2000 die genannten Kriterien zugrunde legten, und bietet an, nach der Sommerpause einen Bericht über die Umsetzung des neuen ASH 2000 vorzulegen, wobei man versuchen werde, sich an den unter Punkt 3 des FDP-Antrags genannten Kriterien zu orientieren. Der Abg. Birk, die eine geschlechterspezifische Aufbereitung des Datenmaterials möchte, antwortet St Fischer, Entsprechendes habe man auch in dem neuen Vertrag mit BSH vorgesehen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der FDP für erledigt zu erklären, und nimmt den Statistischen Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2000 zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes
(MVollzG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1544

(überwiesen am 20. Februar 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und
den Sozialausschuss)

- Verfahrensfragen -

Abg. Geerds verweist auf die Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss, der konkrete Änderungsvorschläge vorlegen werde, die dann zusammen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf beraten werden sollten. Man strebe eine gemeinsame Anhörung mit dem Innen- und Rechtsausschuss an. Abg. Baasch stimmt dieser Vorgehensweise zu und kündigt einen eigenen Antrag der SPD in dieser Frage an. Der Vorsitzende rät dazu, die Zeit der Vertagung für die Benennung von Anzuhörenden aus dem Bereich der Sozialpolitik zu benennen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Beratung dieser Vorlage zunächst zurückzustellen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1598 (neu)

(überwiesen am 20. Februar 2002)

Abg. Baasch gibt die Frage der Federführung zu bedenken und meint, es sei zu überlegen, ob nicht auch das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie eingebunden werden solle, sodass der zu erstellende Bericht allen Facetten des Themas gerecht werde. Abg. Aschmoneit-Lücke stimmt dem zu und verweist darauf, dass Anwälte in ihrer Praxis täglich mit diesem Problem konfrontiert würden. Sie gibt den Hinweis, dass eine Verschuldung von Kindern aufgrund zivilrechtlicher Regelungen eigentlich nicht möglich sei. St Fischer will den Begriff der Verschuldung nicht rechtstechnisch verstanden wissen und erklärt, man könne in Zusammenarbeit mit anderen betroffenen Ressorts einen entsprechenden Bericht erstellen, warnt allerdings vor zu hohen Erwartungen in Bezug auf belastbares Zahlenmaterial. Es würden in diesem Bereich keine Statistiken über junge Menschen geführt. Im Zusammenhang mit dem Landesarmutsbericht sei die Christian-Albrechts-Universität mit einem Gutachten beauftragt worden, das allerdings erst am Ende des Jahres vorliegen werde.

Abg. Geerds möchte den Bericht vor der Sommerpause vorgelegt bekommen, da das Problem drängend sei. Abg. Hinrichsen betont, es handle sich häufig um eine Verschuldung der Familien, wo auch über 18-Jährige für ihre Eltern eintreten müssten. Auf einen Vorschlag von Abg. Baasch erwidert Abg. Geerds, der Bericht solle, wie im Antrag vorgesehen, zunächst im Landtagsplenum und nicht zuerst im Sozialausschuss debattiert werden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Antrag anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Förderung des Sports

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1600

(überwiesen am 20. Februar 2002 an den **Sozialausschuss** und den Bildungsausschuss)

Abg. Baasch hebt unter Bezugnahme auf eine diesbezügliche Debatte im Landtagsplenum darauf ab, dass die strukturellen Voraussetzungen der Sportvereine, die vom Ehrenamtlichen geführt würden, einen breiteren Einsatz von FSJlern und FSJlerinnen, der nach der jetzigen Rechtslage grundsätzlich möglich sei, nicht gestatteteten, da FSJler eine verlässliche und strukturierte Anleitung benötigten, und schlägt vor, den Antrag für erledigt zu erklären. Abg. Hinrichsen befürchtet, die Zweigleisigkeit der Strukturen mit Ehrenamtlichen und FSJlern würde ein Verdrängen der ersteren bewirken oder bei ihnen Frustrationen auslösen, und bittet St Fischer um Stellungnahme. Als Entgegnung verweist Abg. Schwarz auf den Umweltbereich, wo das Zusammenwirken zwischen Ehrenamtlichen und FSJlern funktioniere. Zudem sei klar, dass nur bei den Sportvereinen, bei denen die strukturellen Voraussetzungen vorlägen, ein Einsatz von FSJlern infrage komme. St Fischer nennt eine aktuelle gesetzliche Änderung auf Bundesebene, die zwar nicht speziell den Sport betreffe, aber den Einsatz von FSJlern erleichtern und ihr Einsatzfeld erweitern solle, indem die Konditionen für die Ableistung flexibler gestaltet würden. Er sieht die Gefahr der Verdrängung von Ehrenamtlichen nicht, sondern erwartet eine Sogwirkung in den ehrenamtlichen Bereich. Somit seien weitergehende Beschlüsse nicht zu fassen.

Abg. Geerds unterstreicht, dass der Antrag nach der vorangegangenen Diskussion nicht für erledigt erklärt werden könne. Dass es Handlungsbedarf gebe, sei offensichtlich. Den erwähnten Gesetzentwurf des Bundes könne man mit einer solchen Initiative auf Landesebene unterstützen. Abg. Aschmoneit-Lücke erklärt, ihr erscheine im Antrag das Spannungsverhältnis in Bezug auf die Zielrichtung, Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres oder Förderung des Sports, nicht aufgelöst. Da alle in der Zielrichtung übereinstimmten, FSJ und Sport zusammenzubringen, und angesichts gewisser Unzulänglichkeiten des vorliegenden Antrags, in dem eine Bundesgesetzgebung gefordert werde, die es bereits gebe, und in dem Überschrift und nachfolgender Text nicht zueinander passten, schlägt Abg. Baasch vor, einen neuen fraktionsübergreifenden Antrag zu formulieren. Abg. Birk schließt sich diesem Vorschlag an.

Der Ausschuss kommt einstimmig überein, die Beratung des Antrags zu vertagen, um den Fraktionen zu ermöglichen, auch unter Einbeziehung des Bildungsausschusses einen interfraktionellen Änderungsantrag zu formulieren.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Tag der Initiativen

hier: Festlegung des Kreises der Anzuhörenden

hierzu: Umdrucke 15/1894, 15/1955, 15/1986

Abg. Aschmoneit-Lücke will für ihre Fraktion keine Initiative benennen. Sie führt aus, die ursprüngliche Intention des Tages der Initiativen sei gewesen, dass Initiativen von sich aus an den Ausschuss herantreten sollten. In Ergänzung hierzu führt der Vorsitzende aus, dass die darüber hinaus gehende Absicht sei, Initiativen einzuladen, die sich auch aus Respekt vor dem Parlament nicht beim Ausschuss meldeten.

Abg. Birk benennt die Initiative Shefa, eine Organisation, die sich um Gesundheitsförderung im Bereich von Migranten kümmert. Die Zielsetzung beim diesjährigen Tag der Initiativen sei nach ihrer Einschätzung, kleineren und neuen Initiativen mit ihren neuen Themen ein Forum zu bieten.

Abg. Geerds bezieht sich auf einen Vorschlag, den er in der vorangegangenen Sitzung geäußert hat: Man solle sich am Ende des Jahres darüber austauschen, ob das Verfahren zu ändern sei.

Der Ausschuss einigt sich auf folgenden Kreis der Anzuhörenden: Elternhilfe für Kinder mit Rett-Syndrom, Hospizinitiative Neumünster, Verein Miteinander Leben, Sportpiraten, Shefa, Lütjenburger Tafel und Hilfe für Tschernobyl-Kinder.

Punkt 7 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Beran, schließt die Sitzung um 14:50 Uhr.

gez. Andreas Beran

Vorsitzender

gez. i.V. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin